

Antrag 207/II/2018

Juso LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:**Der Bundesparteitag möge beschließen:****Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen**

1 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige
 2 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene
 3 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-
 4 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert. An vie-
 5 len Stellen scheint sie jedoch immer noch eher wie ein
 6 Überbleibsel aus Nachkriegszeiten und das Ergebnis ein-
 7 seitiger Lobbyarbeit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslau-
 8 fen und muss dann neu aufgestellt werden. Die aktuel-
 9 len, seitens der Europäischen Kommission veröffentlic-
 10 hten Arbeitsstände zur Überarbeitung der GAP verspre-
 11 chen jedoch wenig Neuerungen. Vielmehr lassen sie er-
 12 warten, dass die GAP weiterhin zur Besitzstandswahrung
 13 von Landbesitzer*innen genutzt wird anstatt auf die viel-
 14 fältigen Herausforderungen der Zukunft zu reagieren.

15
 16 Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-
 17 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-
 18 zent*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen
 19 der organisierten, konventionellen Landwirt*innen wie
 20 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die
 21 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen
 22 Konsument*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine
 23 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-
 24 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend
 25 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-
 26 nellen Landwirt*innen ihr Existenzrecht abspricht.

1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

28 Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen
 29 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz
 30 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem
 31 schaut sie nicht nur auf Konsument*innen und Produ-
 32 zent*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,
 33 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen
 34 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie
 35 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den
 36 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen
 37 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem
 38 erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-
 39 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, sowie die
 40 Relevanz des ländlichen Raums für die Energiegewinnung
 41 aus erneuerbaren Ressourcen als ihre Aufgabe an.

42

Umweltschutz

44 Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-
 45 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach
 46 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.
 47 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-
 48 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
 49 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige
 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene
 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-
 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert, **durch-**
aus in die richtige Richtung. An vielen Stellen scheint
 sie jedoch immer noch eher wie ein Überbleibsel aus
 Nachkriegszeiten und das Ergebnis einseitiger Lobbyar-
 beit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslaufen und muss dann
 neu aufgestellt werden. Die aktuellen, seitens der Euro-
 päischen Kommission veröffentlichten Arbeitsstände zur
 Überarbeitung der GAP versprechen jedoch wenig Neue-
 rungen. Vielmehr lassen sie erwarten, dass die GAP wei-
 terhin zur Besitzstandswahrung von Landbesitzer*innen
 genutzt wird anstatt auf die vielfältigen Herausforderun-
 gen der Zukunft zu reagieren.

Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-
 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-
 zent*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen
 der organisierten, konventionellen Landwirt*innen wie
 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die
 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen
 Konsument*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine
 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-
 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend
 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-
 nellen Landwirt*innen ihr Existenzrecht abspricht.

1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen
 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz
 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem
 schaut sie nicht nur auf Konsument*innen und Produ-
 zent*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,
 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen
 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie
 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den
 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen
 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem
 erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-
 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, **den Erhalt**
von Vielfalt unter den landwirtschaftlichen Betrieben
und Verhinderung von Konzentration durch zu große
Betriebe, sowie die Relevanz des ländlichen Raums für

50 seinem vergleichsweise kleinen Agrarsektor, davon aus,
 51 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-
 52 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird
 53 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-
 54 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-
 55 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-
 56 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-
 57 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

58
 59 Darüber hinaus müssen wir CO₂-Senken wie z.B. Moore
 60 und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiedervernäs-
 61 sen, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und
 62 die Forschung an diesen fördern.

63
 64 Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-
 65 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch
 66 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-
 67 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und
 68 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.
 69 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-
 70 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit
 71 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe
 72 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-
 73 diversität, insbesondere das Insektensterben, vor Proble-
 74 me, die es zu lösen gilt.

75

76 **Ethischer Umgang mit Tieren**

77 Als moderne Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir
 78 es weiterhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quä-
 79 lenden Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein art-
 80 typisches Verhalten unmöglich macht. Das betrifft ne-
 81 ben der Stallgröße, unter anderem die Herdengröße und
 82 tatsächlich möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns
 83 klar, dass das Schreddern männlicher Küken, das Kupie-
 84 ren von Schweineschwänzen oder die Trennung von Jung-
 85 und Muttertieren nicht weiter als notwendige Eingrif-
 86 fe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind. Heute gängi-
 87 ge Züchtungs- und Fütterungspraktiken führen dazu, dass
 88 Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer natürlichen Le-
 89 benserwartung ihr Schlachtgewicht erreichen. Dass ein
 90 Großteil der „konventionellen“ Tierproduktion nur mit ei-
 91 ner inflationären Gabe von Medikamenten, insbesonde-
 92 re Antibiotika und mit der teilweisen Amputation von
 93 Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann, ist Beweis
 94 genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung mit dem
 95 Tierwohl nicht vereinbar ist.

96

97 **Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext**

98 Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-
 99 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch
 100 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-
 101 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert
 102 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,
 103 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die
 104 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-

die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen als
 ihre Aufgabe an.

Umweltschutz

Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-
 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach
 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.
 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-
 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit
 seinem vergleichsweise kleinen Agrarsektor, davon aus,
 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-
 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird
 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-
 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-
 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-
 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-
 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

Darüber hinaus müssen wir CO₂-Senken wie z.B. Moo-
 re und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiederver-
 nässen, **den Waldumbau mit klimaangepassten Gehöl-
 zen**, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und
 die Forschung an diesen fördern.

Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-
 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch
 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-
 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und
 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.
 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-
 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit
 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe
 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-
 diversität, insbesondere das **Sterben von Insekten, die als
 Bestäuber eine Schlüsselfunktion erfüllen**, vor Probleme,
 die es zu lösen gilt.

Ethischer Umgang mit Tieren

Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir es wei-
 terhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quälenden
 Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein arttypisches
 Verhalten unmöglich macht. Das betrifft neben der Stall-
 gröÙe, unter anderem die Herdengröße und tatsächlich
 möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns klar, dass das
 Schreddern männlicher Küken, das Kupieren von Schwe-
 neschwänzen oder die Trennung von Jung- und Mutter-
 tieren, betäubungsloses Kastrieren nicht weiter als not-
 wendige Eingriffe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind.
 Heute gängige Züchtungs- und Fütterungspraktiken füh-
 ren dazu, dass Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer
 natürlichen Lebenserwartung ihr Schlachtgewicht errei-
 chen. Dass ein Großteil der „konventionellen“ Tierproduk-
 tion nur mit einer inflationären Gabe von Medikamenten,
 insbesondere Antibiotika und mit der teilweisen Amputa-
 tion von Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann,
 ist Beweis genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung

105 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-
 106 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-
 107 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-
 108 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller
 109 Stützung die europäischen Produzent*innen nicht mehr
 110 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-
 111 fallen.

112
 113 Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade
 114 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-
 115 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Han-
 116 del teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. An die-
 117 ser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungsmaßnah-
 118 men die Subventionierung europäischer Landwirt*innen
 119 ergänzen, die landwirtschaftlichen Produzent*innen welt-
 120 weit zu Gute kommen, beispielsweise zur Produktivitäts-
 121 steigerung, Ressourceneinsparung (inkl. Fläche) und An-
 122 passung an den Klimawandel um die Herausforderungen
 123 einer wachsenden Weltbevölkerung begegnen zu kön-
 124 nen. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof, die
 125 neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömmlicher Gentechn-
 126 nik gleichzusetzen, ist eine verpasste Gelegenheit und
 127 stellt ein Hindernis für Fortschritte in der globalen Agrar-
 128 wirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet gerade in Zeiten
 129 des Klimawandels für Landwirt*innen und Konsument*in-
 130 nen in der EU und der Welt große Potentiale. Es darf nicht
 131 sein, dass diese Potentiale in der Hand einiger weniger
 132 Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf Saatgut und
 133 die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbizide und Dün-
 134 gemittel die Abhängigkeit der Landwirt*innen sichern.

135 136 **Konsument*innenschutz**

137 In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-
 138 nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-
 139 rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und
 140 Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-
 141 fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-
 142 bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produkti-
 143 on und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von
 144 Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlich-
 145 keit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Pro-
 146 dukte.

147
 148 Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Kei-
 149 me ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das
 150 Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und
 151 auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzuge-
 152 hen!

153 154 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

155 In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirt-
 156 schaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als
 157 der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf
 158 dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das
 159 senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem

mit dem Tierwohl nicht vereinbar ist. Eine weitere Tier-
 quälerei findet durch massive Transporte von lebenden
 Schlachtvieh quer durch Europa statt, das rein theoretisch
 verboten ist, praktisch aber gängige Praxis ist. Hier bedarf
 es strengerer Kontrollen und Strafen.

Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext

Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-
 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch
 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-
 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert
 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,
 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die
 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-
 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-
 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-
 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-
 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller
 Stützung die europäischen Produzent*innen nicht mehr
 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-
 fallen.

Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade
 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-
 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Handel
 teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. **Sie muss ih-
 re Handelspolitik daran ausrichten, den zollfreien Zugang
 von „Entwicklungsländern“ zum europäischen Markt si-
 cherstellen und sich für einen starken Multilateralismus
 einsetzen.**

An dieser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungs-
 maßnahmen die Subventionierung europäischer Land-
 wirt*innen ergänzen, die landwirtschaftlichen Produ-
 zent*innen weltweit zu Gute kommen, beispielswei-
 se zur Produktivitätssteigerung, Ressourceneinsparung
 (inkl. Fläche) und Anpassung an den Klimawandel um die
 Herausforderungen einer wachsenden Weltbevölkerung
 begegnen zu können. Die Entscheidung des Europäischen
 Gerichtshof, die neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömm-
 licher Gentechnik gleichzusetzen, ist eine verpasste Gele-
 genheit und stellt ein Hindernis für Fortschritte in der glo-
 balen Agrarwirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet ge-
 rade in Zeiten des Klimawandels für Landwirt*innen und
 Konsument*innen in der EU und der Welt große Potentia-
 le. Es darf nicht sein, dass diese Potentiale in der Hand eini-
 ger weniger Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf
 Saatgut und die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbi-
 zide und Düngemittel die Abhängigkeit der Landwirt*in-
 nen sichern.

Konsument*innenschutz

In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-
 nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-
 rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und
 Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-
 fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-

160 Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume dar.

162

163 **Energiegewinnung:**

164 Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer Energien ist für viele Landeigentümer*innen die Nutzung ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungsmittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden. Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg finden, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegeneinander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem Guss entwerfen.

172

174 **2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

175 Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben beken-
176 nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Ziele in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,
177 dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawandel auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es
178 globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen
179 Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei
180 der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu geben.

186 Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an den formulierten Zielen aus. Bei der Höhe des Agrarbudgets von ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU), ist dieser Umstand noch erschreckender: Wir stehen so gigantischen Herausforderungen gegenüber, die unsere Zukunft maßgeblich beeinflussen werden und viele dieser Probleme können wir mit einer zielgerichteten Landwirtschaftspolitik angehen. Wir können es uns daher nicht leisten auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Effekt versickern zu lassen!

197 Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf die vorhandenen und kommenden Herausforderungen auszurichten.

201

202 **Dazu fordern wir: Öffentliche Gelder gibt es nur für öffentliche Leistung.**

204 Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP. Ein Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zweiten Säule eingesetzt werden: **Direktzahlungen, die einfach pro Hektar gezahlt werden, gehören abgeschafft.** Wir wollen **Landwirt*innen für ihre Leistungen im Bereich Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz sowie Tiererschutz u.ä. entlohnen** und Anreize dafür setzen, in diesen Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über das bisherige Maß hinaus durch regulatorische Maßnahmen sowie mit einem Teil der finanziellen Mittel geschehen, die bisher im Rahmen der ersten Säule verwendet werden. Wenn

bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produktion und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlichkeit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Produkte.

Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Keime ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzugehen!

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirtschaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume dar.

Energiegewinnung:

Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer Energien ist für viele Landeigentümer*innen die Nutzung ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungsmittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden. Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg finden, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegeneinander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem Guss entwerfen.

2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben beken-
nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Ziele in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,
dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawandel auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu geben.

Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an den formulierten Zielen aus. **Mehr als drei Viertel des Agrarbudgets fließt in die sogenannte erste Säule der GAP, bei der wiederum ein Großteil des Geldes als Basisprämie pro Hektar gezahlt wird, ohne dass irgendwelche Anforderungen hinsichtlich Umweltschutzes oder auch nur Bewirtschaftung der Fläche erfüllt werden müssen. Wir begrüßen, dass inzwischen durch die sogenannte Cross Compliance die Zahlungen aus der ersten Säule an**

215 Landwirt*innen ihre Produktion zugunsten einer besse-
 216 ren Klima- und Umweltbilanz verändern, müssen sie da-
 217 für angemessen entlohnt werden. Die Höhe der Zahlun-
 218 gen muss sich am Wert der Leistungen der Landwirt*innen
 219 für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen. Nur so be-
 220 kommen wir einen funktionierenden Markt, bei dem sich
 221 alle Akteur*innen am gesellschaftlichen, nicht am priva-
 222 ten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die Greening-
 223 Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht aus und
 224 setzt teilweise sogar falsche Anreize!

225
 226 Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,
 227 dürfen diese Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsek-
 228 tor beschränkt bleiben: **Jede*r Produzent*in, egal ob in
 229 der Landwirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich,
 230 soll für Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kom-
 231 men, die aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom
 232 Staat entlohnt werden.** Hierbei spielt es keine Rolle, ob be-
 233 sondere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbe-
 234 zug geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung ein-
 235 nes Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht wer-
 236 den.

237
 238 Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den
 239 **Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.** Dazu gehört,
 240 **den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu
 241 senken.** Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-
 242 dert werden. Bei den drängenden Problemen des Klima-
 243 wandels können wir diesen Bereich bei unseren Anstren-
 244 gungen nicht einfach ausklammern. Hier kann die Sub-
 245 ventionierung besonders klimafreundlicher Lebensmittel
 246 ein Instrument sein, genauso wie die Einführung einer Kli-
 247 maabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion besonders
 248 viele Treibhausgase freisetzt.

249
 250 Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechen-
 251 den Ebenen außerdem dafür einsetzen, **Glyphosat zum
 252 nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten,** sollte
 253 es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studi-
 254 en geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen.
 255 Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent*innen
 256 und Konsument*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor
 257 allem auf den Insektenschutz.

258
 259 Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle För-
 260 derung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaft-
 261 en und grüner Gentechnik an Universitäten und öffent-
 262 lich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbes-
 263 serte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue
 264 gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen.

265
 266 **Mehr Tierwohl in der EU**
 267 Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend
 268 zu erhöhen, brauchen wir **neue, verbindliche, strenge Re-
 269 gelungen,** deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Frei-

**die Einhaltung von Mindest-Umweltstandards gekoppelt
 sind, allerdings ist das immer noch keine zufriedenstel-
 lende Anreizsetzung, die die Zahlung öffentlicher Gelder
 rechtfertigt. Angesichts der Höhe des Agrarbudgets von
 ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU), ist dieser
 Umstand besonders erschreckend:** Wir stehen so giganti-
 schen Herausforderungen gegenüber, die unsere Zukunft
 maßgeblich beeinflussen werden und viele dieser Proble-
 me können wir mit einer zielgerichteten Landwirtschafts-
 politik angehen. Wir können es uns daher nicht leisten
 auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Effekt ver-
 sicken zu lassen!

Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die
 Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf
 die vorhandenen und kommenden Herausforderungen
 auszurichten.

Dazu fordern wir:

Öffentliche Gelder gibt es nur für öffentliche Leistung.

Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP. Ein
 Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zweiten
 Säule eingesetzt werden: Direktzahlungen, die einfach
 pro Hektar gezahlt werden („Basisprämie“), gehören ab-
 geschafft. Wir wollen Landwirt*innen für ihre Leistungen
 im Bereich Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz
 sowie Tierschutz u.ä. entlohnen und Anreize dafür setzen,
 in diesen Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über
 das bisherige Maß hinaus durch regulatorische Maßnah-
 men sowie mit einem Teil der finanziellen Mittel gesche-
 hen, die bisher im Rahmen der ersten Säule verwendet
 werden. Wenn Landwirt*innen ihre Produktion zugunsten
 einer besseren Klima- und Umweltbilanz verändern, müs-
 sen sie dafür angemessen entlohnt werden. Die Höhe der
 Zahlungen muss sich am Wert der Leistungen der Land-
 wirt*innen für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen.
 Nur so bekommen wir einen funktionierenden Markt, bei
 dem sich alle Akteur*innen am gesellschaftlichen, nicht
 am privaten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die
 Greening-Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht
 aus und setzt teilweise sogar falsche Anreize! **Aktuell se-
 hen wir Mitnahmeeffekte, da teilweise nur gute landwirt-
 schaftliche Praxis belohnt wird, die auch ohne Greening-
 Zahlungen stattfinden würde, wie z.B. bei Fruchtfolgen.
 An anderen Stellen übersteigen die Zahlungen die Mehr-
 kosten für die Landwirt*innen, sowie den gesellschaftli-
 chen Mehrwert deutlich und stellen so eine Verschwen-
 dung öffentlicher Gelder dar. Der gesellschaftliche Mehr-
 wert einer Maßnahme kann auch von der Region abhän-
 gen: So sind z.B. Maßnahmen zum Schutz vor Wüsten-
 bildung in einigen Teilen Spaniens dringend notwendig,
 aber in Deutschland natürlich völlig fehl am Platz. Auch
 kann der Schutz bestimmter Böden für den Klimaschutz
 wirksamer sein als anderer und die Stilllegung von Flä-
 chen hat einen größeren Effekt auf den Schutz der Bio-**

270 willige Selbstverpflichtungen und noch ein Label reichen
 271 uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche
 272 und flächendeckende Besserung bringen!

273

274 **Gesundheit von Konsument*innen**

275 Medikamente, insbesondere **Antibiotika dürfen nicht**
 276 **mehr durch die Tierärzt*innen selbst verkauft werden.** Des
 277 Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhal-
 278 ten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt einge-
 279 führt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres.
 280 Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und an-
 281 dere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu
 282 verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt*innen durch
 283 den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat
 284 das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu
 285 medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird
 286 viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses **Verbots muss**
 287 **stärker kontrolliert werden**, um die Resistenzbildung von
 288 Keimen nicht noch zu beschleunigen.

289

290 **Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land**

291 Einkommenssicherung muss auch für Landwirt*innen
 292 stattfinden, allerdings im Rahmen der **Sozialpolitik der EU**
 293 **und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über**
 294 **Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wol-**
 295 **len, ist absolut nicht sinnvoll:** Zum einen erhalten flä-
 296 chenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die
 297 schlechter verdienenden Landwirt*innen, wie es die Soli-
 298 darität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landei-
 299 gentümer*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den
 300 Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland
 301 noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind be-
 302 sondern viele Landwirt*innen nur Pächter*innen und nicht
 303 Eigentümer*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands.
 304 Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann
 305 mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.
 306

307 Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, tragen auch
 308 in der Landwirtschaft die Selbstständigen das unterneh-
 309 merische Risiko selbst. An dieser Stelle kann geprüft wer-
 310 den, ob es im Rahmen der Förderung kleiner und mittlerer
 311 Unternehmen (KMU) sinnvoll ist, auch für Landwirt*innen
 312 Programme zur **Minderung des unternehmerischen Risi-**
 313 **kos** aufzulegen, wie beispielsweise der Förderung von Ver-
 314 sicherungen gegen Ernteaufschläge. Ziel dieser Förderung
 315 von KMU soll der Arbeitsplatzertand und eine Vermeidung
 316 zu hoher Konzentration einiger weniger Produzent*innen
 317 sein.

318

319

320

321

322

323

324

**diversität, wenn dadurch Lebensräume bestimmter Arten
 verbunden werden. Diese Unterschiede müssen sich auch
 in der Höhe der Prämien niederschlagen, um Umwelt und
 Klima zielgerichtet zu schützen.**

**Die unterschiedlichen Instrumente in der ersten
 (Greening und Cross Compliance) und zweiten Säule
 (Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen) müssen zusam-
 mengelegt werden, um eine kohärente, zielgerichtete
 Förderung zu haben, die den administrativen Aufwand
 sowohl für die Landwirt*innen als auch für die Verwal-
 tung so gering hält wie möglich und Doppelförderungen
 verhindert. Dazu gehört auch eine Stärkung des Ord-
 nungsrechts: Mindeststandards in Bezug auf Umwelt,
 Klima und Tiere müssen für alle verpflichtend sein und
 dürfen keine Option sein, die noch mit dem Erhalt von
 Zahlungen belohnt werden.**

Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,
 dürfen Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsektor be-
 schränkt bleiben: Jede*r Produzent*in, egal ob in der Land-
 wirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich, soll für
 Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen, die
 aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom Staat
 entlohnt werden. Hierbei spielt es keine Rolle, ob beson-
 dere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbezug
 geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung eines
 Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht werden.

Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den
 Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Dazu gehört,
 den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu
 senken. Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-
 dert werden, **denn wir wollen nicht, dass ärmere Haus-
 halte, die einen größeren Anteil ihres Einkommens für Le-
 bensmittel ausgeben als wohlhabendere, an dieser Stelle
 stärker in die Pflicht genommen werden.** Bei den drängen-
 den Problemen des Klimawandels können wir diesen Be-
 reich bei unseren Anstrengungen **aber** nicht einfach aus-
 klammern. Hier kann die Subventionierung besonders kli-
 mafreundlicher Lebensmittel, **die einen niedrigen CO2-
 Fußabdruck haben**, ein Instrument sein. **Das kann Lebens-
 mittel aus regionaler Produktion betreffen, genauso wie
 pflanzliche Lebensmittel. Hierbei soll aber nicht pauschal
 nach Kategorien subventioniert werden, sondern explizit
 der Effekt aufs Klima zur Grundlage genommen werden,
 da regionale Lebensmittel durch lange Lagerung in Küh-
 lung durchaus auch eine schlechtere CO2-Bilanz haben
 können, als Lebensmittel, die von einem anderen Konti-
 nent kommen, aber durch den Transport per Schiff den-
 noch eine bessere CO2-Bilanz haben. Das gleiche gilt für
 die Einführung einer Klimaabgabe auf Lebensmittel, de-
 ren Produktion und Transport besonders viele Treibhaus-
 gase freisetzt.**

325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379

Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechenden Ebenen **weiterhin** dafür einsetzen, Glyphosat zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten, sollte es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studien geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen. Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent*innen und Konsument*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor allem auf den Insektenschutz.

Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle Förderung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaften und grüner Gentechnik an Universitäten und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbesserte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen. **Die Möglichkeiten der grünen Gentechnik müssen dafür genutzt werden, die Ernährung weltweit zu sichern, indem Sorten entwickelt werden, die an verändertes Klima angepasst und weniger Wasser, Nährstoffe, etc. benötigen. Doch so wie es jetzt ist, darf es nicht weitergehen: Diese Ziele gehen, wenn dann nur zufällig mit den Profitinteressen großer Konzerne zusammen. Patenten auf Leben, Kopplung an Pestizide und Düngemittel und der damit verbundenen Abhängigkeit von Großkonzernen müssen wir begegnen, indem wir die Forschung nicht den Privaten überlassen, sondern öffentliche Forschung in dem Bereich stärken.**

Mehr Tierwohl in der EU

Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend zu erhöhen, brauchen wir neue, verbindliche, strenge Regelungen, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Freiwillige Selbstverpflichtungen und noch ein **zusätzliches Label, wie es das BMEL jetzt vorgestellt hat**, reichen uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche und flächendeckende Besserung bringen! **Die inflationäre Vergabe von Ausnahmegenehmigungen in der Tierhaltung wie beispielsweise beim Kupieren der Schwänze bei Schweinen ist für uns nicht hinnehmbar, ebenso wenig wie die Nachsichtigkeit bei Kontrollen und der Verbindlichkeit von Gesetzen, die sich zuletzt erst wieder in der erneuten Verlängerung der Übergangsfrist zum betäubungslosen Kastrieren von Ferkeln gezeigt hat.**

Gesundheit von Konsument*innen

Medikamente, insbesondere Antibiotika dürfen nicht mehr durch die Tierärzt*innen selbst verkauft werden. Des Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhalten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt eingeführt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres. Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und andere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt*innen durch den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu

380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409

medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses Verbots muss stärker kontrolliert werden, um die Resistenzbildung von Keimen nicht noch zu beschleunigen.

Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

Einkommenssicherung muss auch für Landwirt*innen stattfinden, allerdings im Rahmen der Sozialpolitik der EU und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wollen, ist absolut nicht sinnvoll: Zum einen erhalten flächenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die schlechter verdienenden Landwirt*innen, wie es die Solidarität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landeigentümer*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind besonders viele Landwirt*innen nur Pächter*innen und nicht Eigentümer*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands. Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.

Die GAP ist nur eines von mehreren Instrumenten zur Förderung des ländlichen Raums, von denen viele wie z.B. der Europäische Strukturfonds (ESF) und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auch vor einer Neuauflage stehen. Hier ist es wichtig, diese aufeinander abzustimmen, um nicht sich widerstrebende Ziele zu formulieren, aber auch keine doppelten Förderstrukturen zu schaffen.